

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Außenpolitisches — Der Donauplan — Die binnenwirtschaftliche Krise — Buchgewerbliches.]

Mit der Reise des amerikanischen Botschafters in Berlin, Sackett, nach Paris am 22. März ist in die große Politik neue Bewegung gekommen. Vorher waren die Dinge reichlich festgefahren, wenn nicht geradezu verfahren. Laval war bekanntlich seinerzeit sehr stolz darauf, daß er von seinem Besuch in Washington die Zusicherung Amerikas mitbringen konnte, es würde bis auf weiteres keine neue Initiative der Art entfalten, wie es mit dem Hoover-Feierjahrvorschlag geschehen war. Freilich war Frankreich zugleich der Termin gestellt, daß es bis zum Ablauf des Hoover-Feierjahres dieses Provisorium entsprechend ersetzt haben müßte. Bei der Vorbereitung dazu entdeckte nun Frankreich aber, daß es in völlige Isolierung geraten war, und das gilt über die engere Frage der Auseinandersetzung mit Deutschland über das Tributproblem hinaus. Die Vertagung der entsprechenden Verhandlungen bis in den Juni nach den deutschen und den französischen Wahlen war keine Lösung. Die Zeit arbeitet nicht mehr für, sondern gegen Frankreich. Man kam nirgends vorwärts. Im März reiste schließlich der Pariser amerikanische Botschafter Edge nach Washington, um dort noch einmal Instruktionen zu holen. Daß er nach seiner Rückkehr nach Paris dorthin nicht nur Sackett zur Aussprache holte, sondern auch noch den eben nach Tokio versetzten bisherigen amerikanischen Botschafter in Konstantinopel und den früheren Gouverneur der Philippinen, läßt erkennen, in welchem weltumspannenden Rahmen die amerikanische Politik arbeitet. Im Vorbeigehen sei auch noch darauf hingewiesen, daß eben erst unter Leitung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Lima in Peru eine Währungskonferenz der süd- und mittelamerikanischen Staaten stattgefunden hat. Diese Märkte sollen mit amerikanischer Hilfe finanziell reorganisiert werden, wohl nicht sehr zur Freude Englands, das freilich in seinem Empire, dem die kommende Reichskonferenz in Ottawa den wirtschaftlichen Aufschwung bringen soll, Ersatz sucht und wohl auch finden wird. Bei der erwähnten Unterhaltung der amerikanischen Diplomaten in Paris ist es auch zu einer Begegnung mit unserem Botschafter Hoersch sowie Tardieu und Flandin gekommen. Danach hat Sackett folgende Erklärung veröffentlicht:

»Die Vereinigten Staaten halten an der Auffassung fest, daß die europäischen Mächte sich zunächst untereinander verständigen müssen, bevor sie auf irgendeine amerikanische Unterstützung rechnen können. Es ist in keiner Weise damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten auf der Lausanner Konferenz vertreten sein werden, und sei es auch nur durch einen Beobachter. Frankreich und Großbritannien müssen sich zunächst untereinander verständigen und dann ebenso mit den wichtigsten europäischen Staaten. Dann erst werden die Vereinigten Staaten in eine Prüfung eintreten können, in welchem Maße sie die Ausführung dieser Vereinbarung unterstützen können. Aber es ist ausgeschlossen, daß wir uns im voraus irgendwie festlegen. Was wir eventuell tun werden, wird zudem nur im Interesse einer allgemeinen wirtschaftlichen Erholung geschehen können. Wir können nicht Nachlässe auf uns nehmen, von denen nur einzelne Nationen profitieren würden.«

Das erste Ergebnis dieses von Amerika ausgehenden Druckes ist die eben vor sich gegangene Begegnung zwischen Tardieu und Macdonald gewesen. Sie hat, soweit erkennbar, nicht alle französischen Hoffnungen erfüllt. In diesen Tagen folgte die Aussprache zu vieren zwischen England, Frankreich, Italien und uns. Sie ist ohne Ergebnis geblieben. Nun soll sich — ohne daß allerdings schon erkennbar wäre, wie — eine größere Konferenz unter Hinzuziehung der Donaufstaaten anschließen. Sie dürfte zeitlich schon mit weiteren Verhandlungen in Genf des Völkerbundes wie der Abrüstungskonferenz zusammenfallen und wird zur eigentlichen Tributkonferenz in Lausanne überleiten. Die Dinge sind damit also wieder im Fluß. Das Ergebnis ist noch nicht vorauszusehen. Für uns werden aber diese Wochen unter allen Umständen neue starke Nervenproben bringen.

Im Vordergrund der Erörterungen bleibt vorerst der Donauplan. Man ist dabei auf etwas zurückgekommen, das im Grunde schon seit Jahren zur Debatte steht. Wie erinnerlich ist seinerzeit im Zusammenhang mit dem Youngplan schon die Gründung der Tributbank in Basel mit in der Absicht vorgenommen worden, die von ihr zu verwaltenden Mittel für die Erschließung des europäischen Südostens fruchtbar zu machen. Daraus ist bisher nichts geworden. Deshalb nicht, wird verständlich, wenn man sich erinnert, welche Kämpfe um die Herrschaft über die Basler Bank schon bei ihrer Gründung entbrannten. Die wirtschaftliche Reorganisation des europäischen Südostens ist nach Lage der Dinge nicht möglich, ohne daß Deutschland und Italien daran beteiligt werden, die sich insfolgedessen auch nähergekommen sind. Zwangsläufig ergibt sich daraus aber auch, daß die wirtschaftliche Reorganisation Südosteuropas namentlich Deutschland mit zugute kommen müßte. Der deutsche Buchhandel ist daran nicht uninteressiert; gehen doch schon jetzt durchschnittlich rund 40 % seiner Gesamtausfuhr nach den Donauländern. Die wirtschaftliche Führung, die Deutschland bei dem Aufbau zu übernehmen hätte, könnte auch nicht ohne politische Auswirkungen bleiben. Das aber will Frankreich um jeden Preis verhindern. Freilich kann es in seinem eigenen Interesse die finanzielle Sanierung der Donaufstaaten selbst nicht gut länger hinauszögern. Frankreich hat wie England in das Geschäft seit Jahren schon sehr viel Geld hineingesteckt. Diese Anlagen werden von Tag zu Tag notleidender. Wie sich die Dinge in Frankreich selbst zuspitzen, ist an dieser Stelle schon wiederholt beleuchtet worden. Gelingt bis zum Ablauf des Hoover-Moratoriums keine Erschlösung, die den Amerikanern ohne Gefahr für ihre Präsidentenwahl ein Entgegenkommen ermöglichte, so wird gerade Frankreich arg getroffen. Es hätte an Amerika 1932/33 dann 500 Millionen Mark zu zahlen, im Jahre 1933/34 506 Millionen Mark, im Jahre 1934/35 569 Millionen Mark, im Jahre 1935/36 590 Millionen Mark usw. Anstatt einer eigenen Einnahme, die sich während der nächsten Jahre auf 328 bis 371 Millionen Mark oder 2 Milliarden Franken belaufen würde, hätte Frankreich eine Mehrausgabe von 3 Milliarden Franken zu tragen, also sein Jahresbudget um 5 Milliarden Franken zu erhöhen. Bei dem stark defizitären Charakter, den das französische Budget ohnehin schon angenommen hat, würde diese steuerliche Mehrbelastung Frankreich kräftig in die allgemeine Wirtschaftskrise mit einbeziehen. Unter diesen Umständen wird die Sicherung seiner Balkansschulden dringendes Gebot. Es droht von dort, von politischen Unruhen abgesehen, ein allgemeines Moratorium oder — damit spielt man anscheinend vor allem in England — eine Währungsverschlechterung nach dem Muster der englischen Abkehr vom Goldstandard. Daß von Deutschland mindestens bis auf weiteres nichts mehr zu erwarten ist, beginnt man auch in Frankreich langsam einzusehen. Man will aber wenigstens noch Deutschlands Verzicht auf jede selbständige Politik in Europa erpressen. Da mit dem Fortfall der deutschen Tribute die Basler Bank außerdem für die Finanzierung der Donauländer nicht mehr in Frage kommen kann, Frankreich aber die erforderlichen Anleihen weder allein mehr geben kann noch will, muß es bei dem ja überraschend schnell finanziell wieder erstarkten und unabhängig gewordenen England um gut Wetter bitten. Eben hat Frankreich in England noch drohen wollen. Zwischen dem Ministerpräsidenten Tardieu, dem Handelsminister Rollin und dem Finanzminister Flandin fand unter Hinzuziehung verschiedener Spezialreferenten, wie am 21. März aus Paris gemeldet wurde, damals eine Konferenz statt, die sich mit der Frage beschäftigte, ob eine Umstellung der französischen Handelspolitik der französischen Politik, vor allem im Hinblick auf die Donaupläne, als verschärftes Druckmittel dienen könne. Man einigte sich auf beschleunigte Generalrevision der französischen Handelsverträge. Diese Generalrevision soll unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß sie auf der Lausanner Konferenz und bei der Weiterverfolgung der Donaupläne als wirksames Kampfmittel eingesetzt werden kann. In einer halbamtlichen Mitteilung wird zu diesen Beschlüssen erklärt, daß die Umstellung der französischen Handelspolitik eine